

Bürgermeister der Stadt Rheinbach
Herrn Stefan Raetz
Rathaus / Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach



22.10.2015

**Gemeinsamer Antrag
der CDU – Fraktion und der FDP – Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach**

Sehr geehrte Herr Bürgermeister,

die CDU- und die FDP-Fraktion stellen zur Beschlussfassung im Rat der Stadt Rheinbach den folgenden Antrag:

1. Die Stadt Rheinbach ersetzt den Vereinen, die durch die Unterbringung von Flüchtlingen die bereits fest zugesagten, städtischen Liegenschaften nicht nutzen können, die Kosten zur Aufstellung und zum Betrieb von Festzelten für die anstehenden Veranstaltungen zur Kultur- und Brauchtumspflege.
2. Diese vom Land NRW verursachten Zusatzkosten sind den zuschussfähigen Unterbringungskosten für Flüchtlinge hinzu zu rechnen.
3. Die Stadt Rheinbach wird gebeten, an die Solidarität der Vereine untereinander zu appellieren mit dem Ziel, dass in Anbetracht des Raummangels Veranstaltungstermine auf die vorhandene Raumkapazitäten koordiniert oder ggf. zusammengelgt werden, damit alle geplanten Veranstaltungen durchgeführt werden können.

Begründung:

Nicht nachlassende und ungebremste Flüchtlingsströme, der die Verantwortlichen in der Bundesregierung anscheinend hilflos gegenüberstehen, stellen die Räte und Verwaltungen in den Kommunen vor in absehbarer Zeit nicht mehr lösbare Unterbringungsprobleme. Eine Situation die einerseits die menschenwürdige Unterbringung derer, die bei uns Schutz suchen, in Frage stellt und andererseits die Zumutbarkeitsgrenze der heimischen Bevölkerung zu übersteigen droht.

Nachdem sowohl alle städtischen Wohnkapazitäten als auch die auf dem freien Markt verfügbaren erschöpft sind, zwingt die Landesregierung jetzt die Stadtverwaltung in Rheinbach, auch Mehrzweck- bzw. Turnhallen als Notunterkünfte bereitzustellen mit schwerwiegenden Folgen für den Schulsport und die Vereine, die diese Räumlichkeiten zum Wettkampf- bzw. Breitensport oder zu Veranstaltungen der Brauchtumspflege nutzen. Betroffen von einer möglichen Unterbringungsbelegung sind alle Turn- und Mehrzweckhallen einschließlich der Stadthalle. Um hier planerische Klarheit zu erhalten und auch für die bisherigen Nutzer in Rheinbach Transparenz zu erzeugen, hat der Rat der Stadt Rheinbach, auf gemeinsamen Antrag der CDU und der FDP hin, die Verwaltung mit der Erstellung einer Gesamtunterbringungsplanung beauftragt.

Jetzt werden jedoch bereits die ersten Mehrzweckhallen belegt werden müssen.

Dem darf die Politik nicht tatenlos zusehen. Es darf nicht zugelassen werden, dass das Vereinsleben und unser Brauchtum auf unbestimmte Zeit zum Erliegen kommen und vielleicht dauerhaft Schaden nimmt. Die 'fünfte Jahreszeit' steht im Rheinland vor der Tür. Viele Karnevalsvereine haben ihre Veranstaltungen langfristig im Voraus geplant und sind bisweilen erhebliche finanzielle vertragliche Verpflichtungen eingegangen. Der Wegfall von Veranstaltungen ist für die betroffenen Vereine mitunter existenzbedrohend. Deshalb muss die Stadt hier helfen. Die so entstehenden Mehrkosten sind eindeutig durch die Unterbringungsangaben ausgelöst, diesen zu zurechnen und als solche zu finanzieren.

Die bisher auf Rheinbach durch die Flüchtlingsunterbringung zukommenden zusätzlichen, finanziellen Belastungen der Rheinbacherinnen und Rheinbacher werden in mehrfacher Millionenhöhe erwartet und die Grundsteuer- und Gewerbesteuersätze erheblich in die Höhe treiben. Diese Mehrbelastungen sind nur vermittelbar, wenn die Bedürfnisse ALLER Einwohner Berücksichtigung finden.

Mit freundlichen Grüßen



.....
Bernd Beißel, Vors. der CDU-Fraktion



.....
Karsten Logemann, Vors. der FDP-Fraktion